

Ein schmaler Grat

Freiheitsbeschränkungen: Der Staat greift tief und flächendeckend in unsere Grundrechte ein

Thorsten Hinz

Die staatlichen Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie kann man für zweckgebunden und zielführend halten. Trotzdem ist es bemerkenswert, wie wenig Ausmaß und Nebeneffekte der exekutiven Durchgriffe thematisiert und problematisiert werden. Diskussionswürdig wäre auch die Frage, warum der Staat, der 2015 angeblich seine Grenzen nicht schützen konnte, sich jetzt nach innen als überaus handlungsfähig und restriktiv erweist. Sobald man vom karitativen Zweck abstrahiert, erschließt sich das ambivalente Potential der angewandten und angedachten Mittel.

Die Exekutive hat eine ungeheure Disziplinarmacht an sich gezogen, mit der sie das öffentliche und Privatleben nach medizinischen Kriterien reguliert. Ein Ausnahmezustand verwandelt die Lebenswelt in einen Menschenpark, in einen „geschlossenen, parzellierten, lückenlos überwachten Raum, innerhalb dessen die Individuen in feste Plätze eingespannt sind, die geringsten Bewegungen kontrolliert und sämtliche Ereignisse registriert werden“. (Michel Foucault)

Die Menschen werden erfaßt, geprüft, in Gesunde, Infizierte, Kontaktpersonen, Risikogruppen eingeteilt und können entsprechend separiert werden. Grundrechte wie die Freizügigkeit sind aufgehoben, der Aufenthalt im Freien unterliegt der Kontrolle und mitunter der Willkür. Ganze Familien stehen faktisch unter Hausarrest. Gleichzeitig wird vor häuslicher Gewalt und innerfamiliärem Kindesmißbrauch gewarnt und nach behördlicher Überwachung verlangt.

Die offizielle Sprache ist von Vokabeln aus der Biopolitik geprägt: Die Rede ist von Tests, Kontaktverboten, Isolierung und Quarantäne-Zentren. Autoritäre Staaten in Südostasien gelten plötzlich als vorbildlich, der Datenschutz als lästig. Die Forderungen, mit elektronischen Mitteln Bewegungsprofile zu erstellen, Kontaktdaten zu sammeln und das Sozialverhalten zu kontrollieren, werden dringlicher.

Da jeder ein potentieller Vireenträger ist, macht sich verdächtig, wer sich der Überwachung entzieht. Die Kappung direkter sozialer Kontakte wird zur staatsbürgerlichen Pflicht erhoben. Dafür werden die staatsnahen Medien wieder wichtiger. Sie bilden das kommunikative Band zwischen den atomisierten Einzelwesen und versetzen sie in einen Zustand wohltemperierter Anspannung, indem sie permanent an die Gefahr erinnern und gleichzeitig dazu aufrufen, der Kompetenz der Regierung zu vertrauen. Die Situation entspricht durchaus einer totalitären Versuchsanordnung.

Wo das gesellschaftliche Leben zum Erliegen kommt, ist auch kein politisches Handeln mehr möglich. Das Zwei-Personen-Maximum im öffentlichen Raum schließt das Versammlungs- und Demonstrationsverbot ein. Der politische Diskurs wird von ausgewählten Virologen vorgegeben. Bundestag und Bundesrat haben das „Gesetz zur Abmilderung der Folgen der Covid-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht“ innerhalb von drei Tagen durchgewinkt und sich damit zum Scheinparlament degradiert. Die Exekutive hat Wirtschaft und Handel weitgehend zum Erliegen und Angestellte und Selbständige um die Möglichkeit gebracht, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Die offerierte Unterstützung drückt den Bürger zum Antrag- und Bittsteller, zum Staatsabhängigen herab. Nebenbei wird deutlich, daß das angebliche deutsche Job-Wunder ein Prekariat aus Mini- und Mehrfachjobbern, Solo-Unternehmern und Ich-AGs generiert hat, das über keinerlei Rücklagen verfügt.

Zur Befriedung werden ungeheure Summen freigegeben, von denen man sich nicht vorstellen kann, wie sie anders wieder hereingeholt werden können als über Inflation und Enteignungen. Das mit dem Corona-Notstand begründete Verbot, säumige Mieter zu kündigen, wälzt zudem ein soziales Problem auf die Vermieter ab. Das Eigentumsrecht wird mißachtet und zu einem anarchischen Verständnis von Recht und Gesetz ermuntert.

Die Bürger haben eine exorbitante Steuer- und Abgabenlast entrichtet. Der Staat, anstatt das Geld in die Daseinsvorsorge – so in die medizinische Infrastruktur und den Katastrophenschutz – zu investieren, hat es für widersinnige Projekte wie die Willkommenskultur ausgegeben. Was ein zusätzlicher Grund ist, sich jetzt auf keinen faulen Burgfrieden mit der verantwortlichen Politik einzulassen. Falls die Umfragen nicht täuschen, sind die meisten einverstanden mit den Einschränkungen oder wünschen noch härtere Restriktionen. Der in der Massendemokratie vorherrschende Typus ist nun mal nicht der freiheitsverliebte Citoyen, sondern der Hedonist, der Freiheit mit der Entlassung aus Pflicht und Verantwortung gleichsetzt.

Demokrat ist er vor allem deshalb, weil im Systemvergleich die Demokratie den Hedonismus besser gewährleistet als die Diktatur. In dem Moment, wo unkalkulierbare Bedrohungen diesen in Frage stellen und der Staat Sicherheit verheißt, schälen sich Hörigkeit und Beliebigkeit als sein politischer Wesenskern heraus.

Die Maßnahmen mögen in der konkreten Situation richtig und notwendig sein, aber sie verstetigen und verschärfen den Ausnahmezustand, der 2010 mit der Eurokrise, spätestens aber 2015 mit der Grenzöffnung einsetzte und mit der erzwungenen Annullierung der Wahl eines thüringischen Ministerpräsidenten einen weiteren Höhepunkt erreichte.

Es ist zu befürchten, daß die aktuellen Machtprozeduren die Pandemie abgeschwächt überdauern und als Normalität akzeptiert werden. Die Anti-Corona-Maßnahmen sind geeignet, auf weitere Politikfelder übertragen zu werden. Sind Klima-Leugner, Islamophobe, Gender- und Euro-Kritiker sowie Rechte nicht ebenfalls krank und

gehören ausgesondert? Orwells Großer Bruder, der die Kluft des Gefängniswärters trägt, käme als treusorgende Große Schwester daher.

Jetzt kommt die Quittung

Corona: US-Wirtschaft schwer bedrängt / Verschleppte Eurokrise rächt sich
Bruno Bandulet

Wenn selbst das Münchener Ifo-Institut im dunkeln tappt und für 2020 einen Rückgang des deutschen Bruttoinlandsproduktes irgendwo zwischen 7,2 und 20,6 Prozent erwartet, wenn niemand weiß, wann Impfstoffe und Medikamente gegen das Virus verfügbar sind, dann verbieten sich Prognosen über Dauer und Tiefe dieser Weltwirtschaftskrise.

An die Superlative, mit denen wir jetzt täglich konfrontiert sind, müssen wir uns erst noch gewöhnen. Der schnellste Börsencrash folgte auf den längsten Wirtschaftsaufschwung der Nachkriegszeit. Wenn die Prognose der US-Investmentbank Morgan Stanley zutrifft, wonach die Wirtschaftsleistung der USA um 30 Prozent einbrechen wird, dann drängt sich der Vergleich mit 1929 auf – damals dauerte es 25 Jahre, bis die Kurse an der Wall Street das alte Niveau wieder erreicht hatten.

In einer solchen Situation müssen Regierungen und Notenbanken Entscheidungen im Zustand der Unsicherheit und Unkenntnis treffen. Dann tun sie lieber zu viel als zu wenig. Ihr Kalkül ist nachvollziehbar. Kommt es weniger schlimm als erwartet, können sie sagen, sie hätten die Krise gemeistert. Kommt es ganz schlecht, sind sie auch bestätigt. Was so zustande kommt, sind die radikalsten monetären und fiskalischen Maßnahmen aller Zeiten. Der schon vorher hochverschuldete amerikanische Staat interveniert mit zwei Billionen Dollar. Die US-Notenbank hat Anleihekäufe ohne Limit angekündigt. Die Europäische Zentralbank legt ein Notfallprogramm namens PEPP auf. Wer denkt da nicht an aufpeppen? Der EZB wird das Geld eher ausgehen als die Akronyme.

Dazu kommen vermutlich unbegrenzte Ankäufe von Euro-Anleihen (sogenannte Euro-Bonds) auf Grundlage von Mario Draghis OMT-Programm. Und das im Eilverfahren vom Bundestag beschlossene und mit heißer Nadel gestrickte Gesamtpaket summiert sich auf 1,8 Billionen Euro, die Kredite eingerechnet. Da wirkt es fast schon komisch, wenn die EU-Kommission den Ländern der Eurozone offiziell die Genehmigung erteilt, die Schuldenobergrenzen zu überschreiten. Als hätten sie das nicht schon längst getan.

Roland Vaubel, einer der profiliertesten Kritiker des Eurosystems, hält das panikartige Vorgehen der EZB für falsch. Weil zahlreiche Firmen stilliegen, sieht er einen Angebotsschock, keinen Nachfrageschock. Da bringt es tatsächlich wenig, die Güternachfrage über eine ultra-expansive Geldpolitik stimulieren zu wollen. Sobald aber Millionen arbeitslos werden, was sich nicht in Deutschland, aber in den USA abzeichnet, wird auch die Nachfrage wegbrechen.

Jetzt rächen sich die Fehlentscheidungen und Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre. In den USA bekommen die Unternehmen die Quittung dafür, daß sie sich wie nie zuvor verschuldet haben, um eigene Aktien zurückzukaufen, um damit die Kurse (und die Boni) nach oben zu treiben oder um das teure Fracking zu finanzieren, das die USA zum weltgrößten Ölproduzenten hat aufsteigen lassen, dies allerdings nur vorübergehend. Auch in Europa ist eine Serie von Firmenpleiten unvermeidlich, weil die unverantwortliche Nullzinspolitik der EZB die schwache Verfassung solcher Unternehmen nur kaschieren konnte.

Selbst Deutschland mit seinen noch soliden Staatsfinanzen stünde heute ohne den Euro besser da. Die europäische Billigwährung hat einen ungesunden Exportboom befeuert, der das Land extrem abhängig von der Weltkonjunktur macht. Mit einer eigenen, souveränen Währung hätte die Bundesbank Devisen- und Goldreserven für schlechte Zeiten aufbauen können, die jetzt dank Euro nicht zur Verfügung stehen. Erschreckend hoch ist der Preis, den Italien für den Eintritt in die Währungsunion zahlen muß. Selbst vor dem katastrophalen virusbedingten Absturz hatte die italienische Industrieproduktion nicht einmal den Stand vor der letzten Eurokrise wieder erreichen können.

Unabhängig davon, ob die Weltwirtschaft (im besten Fall) schon im zweiten Halbjahr Tritt fassen kann, wird die Staatsverschuldung Ausmaße erreichen wie sonst nur zu Kriegszeiten. Was könnten die späteren Folgen sein? Thomas Mayer, Stratege bei Flossbach von Storch, zieht einen Vergleich mit dem „Ruhrkampf“, als französische und belgische Truppen im Januar 1923 das Ruhrgebiet besetzten. Die Produktion stand wegen des Generalstreiks still, die Steuereinnahmen blieben aus, der Staat zahlte die Löhne, und die exorbitanten Haushaltsdefizite wurden von der Reichsbank finanziert. Am Ende standen Hyperinflation und Währungsreform.

Mit einer Hyperinflation rechnet Mayer diesmal nicht, aber doch längerfristig mit steigenden Verbraucherpreisen, wenn die jetzt noch blockierte und später nachgeholte Nachfrage auf teilweise vernichtete Produktionskapazitäten trifft. Ähnlich argumentiert die Deutsche Bank in einem von Oliver Harvey und Robin Winkler verfaßten Papier.

Mit der Rückkehr der Inflation aber werden auch die kraß überbewerteten Staatsanleihen unter Druck geraten. Die Vorstellung, Gelddrucken und Schuldenmachen blieben straffrei, wird sich als Illusion herausstellen. Die Rechnung wird präsentiert werden. Dann werden die Schulden entweder zusammengestrichen oder per Inflation entwertet, oder das eine folgt auf das andere. Die Frage, ob die

Eurokrise zurückkehrt, ist falsch gestellt. Sie wurde nie aufgearbeitet. Sie hat nur überwintert. Ja, der Euro kann zerbrechen – nicht an der Krise, aber an ihren Folgen. Die EU mag scheitern, Europa bleibt.

Dr. Bruno Bandulet war Chef vom Dienst bei der „Welt“ und ist Herausgeber des „Deutschland-Briefs“ (erscheint in „eigentümlich frei“).

„Wir können klimaneutral leben“

**Wirtschaftspolitik: Wenige Sachverständige als Dauergäste in ARD und ZDF /
Alles Dudenhöffer?**

Dirk Meyer

Die Rheinische Post nannte die drei Professoren kürzlich „Das virologische Terzett“: Christian Drosten (Charité Berlin), Hendrik Streeck (Uni Bonn) und Alexander Kekulé (Uni Halle-Wittenberg), Urenkel von August Kekulé, dem Nestor der organischen Chemie in Deutschland. Angesichts der Corona-Pandemie sind die drei Professoren seit Wochen medial präsent und ihre Expertise ist auch bei Bundesgesundheitsminister Jens Spahn gefragt. Denn als Bankkaufmann und Politologe kann der CDU-Politiker – anders als die Amtskollegen Olivier Véran (Frankreich) oder Łukasz Szumowski (Polen) – nicht auf eigenes medizinisches Fachwissen zurückgreifen.

Pawlowsche Reflexe bei den Modethemen

Aber schon lange vor Covid-19 sind zu bestimmten Themen in deutschen Nachrichten- und Talksendungen meist dieselben Gesichter zu sehen: Marcel Fratzscher (DIW Berlin, EZB-nah, Verteilungsgerechtigkeit), Claudia Kemfert (DIW Berlin, Energiewende), Ottmar Edenhofer (PIK, Klimawandel) oder Everhard Holtmann (ZSH, Krise der Demokratie). Hans-Werner Sinn wurde inzwischen von seinem Münchner Ifo-Nachfolger Clemens Fuest (LMU, Marktwirtschaft) der Rang abgelassen, und statt dem 75jährigen Hajo Funke (OSI Berlin) wurde gefühlt der 34jährige Matthias Quent (IDZ Jena/Amadeu-Antonio-Stiftung) beim Thema Rechtsextremismus zum neuen Dauerexperten.

Wenn es ums Thema Auto geht, dann hat Ferdinand Dudenhöffer (Uni Duisburg-Essen) quasi Dauerrederecht. Als würde in den Redaktionen gemäß des Pawlowschen Reflexes zu einem bestimmten Thema immer nur ein bestimmter Name

als Interviewpartner aufpoppen. Wie begründen die Nachrichtenredaktionen die Auswahl ihrer Gesprächspartner? Während das ZDF auf Anfrage eine Antwort schuldig blieb, soll bei den Tagesthemen (ARD) „die Frage der Fachkompetenz entscheidend“ sein. Zudem sei es wichtig, „ob es dem Interviewten gelingt, seine ‘Botschaft’ prägnant auszudrücken.“

Professoralen Sachverstand in verständliche Worte zu fassen, das ist der mediale Idealtyp. Doch diesen Hochschullehrertyp scheint es eher selten zu geben. Zwar stehen alle Wirtschaftsprofessoren in der FAZ-Rangliste der einflußreichsten Ökonomen Deutschlands 2018/19 recht weit oben. Diese unterscheidet nach den Kriterien Wissenschaft, Politikberatung, Medienpräsenz und Social Media.

Und selbstverständlich ist die Medienpräsenz der Dauergäste von ARD, ZDF & Co. in dieser Liste recht ausgeprägt. So holt Autopapst Dudenhöffer („Der Diesel ist tot“) seine „Einflußpunkte“ fast ausschließlich aus seiner gefühlten Medienstärke – also eigentlich ein Zirkelschluß: Wer medial präsent ist, wird wieder eingeladen. Das Kriterium „Wissenschaft“ ist zudem zweideutig. Es beruht auf der Anzahl der namentlichen Nennung von Kollegen in Veröffentlichungen, die auf der Basis von 190.000 Büchern und 23.000 Zeitschriften der vergangenen Jahre ermittelt wird.

Was nicht automatisch bedeutet, daß der zitierte Autor immer anerkennend erwähnt werden muß. Beispielsweise wurden Marcel Fratzscher sowohl als Forscher (Flüchtlingsstudie 2015) wie auch als DIW-Leiter (Studie zur Entwicklung der Mittelschicht in Deutschland 2016; Ablehnung des Projektes „Digitalisierung der Finanzmärkte“ durch die Leibniz-Gemeinschaft) gravierende fachliche Mängel vorgeworfen. Die Selbstvermarktung über die eigene Homepage, Twitter & Co. sowie Redner-Agenturen scheint obligatorisch und erzeugt zusätzliche mediale Professionalität – nur wer wahrgenommen wird, hat etwas zu sagen. Der Umkehrschluß gilt nicht in jedem Fall.

Beispiel Claudia Kemfert: Als Professorin für Energieökonomik und Nachhaltigkeit (Hertie School of Governance/Berlin) und DIW-Abteilungsleiterin für Energie, Verkehr, Umwelt genießt sie hohe mediale Aufmerksamkeit. Spätestens seit ihrem Beitrag „Energiewende – Mythen reloaded“ in der Zeitschrift Capital (11/19) steht sie aber unter fachlich ausgewiesenen Kollegen in der Kritik.

Kemferts vermeintlich grünes Credo wird gleich zu Beginn deutlich: „Manche Mythen halten sich hartnäckig: Die Energiewende sei zu teuer, Öko-Strom zu zappelig, die Sonne zu schwach, der Wind zu still, der Speicher zu knapp und das Netz zu löchrig. So etwa klingt das Klage-Stakkato der Energiewende-Gegner.“

Weltanschauliche Lager und Schubladendenken

Bereits 2008 machte sie mit der Behauptung Schlagzeilen: „Wir können klimaneutral leben. Wenn wir wollen, sofort! Und das für etwa 70 Cent pro Tag und Person.“ Ihre

einfache Rechnung: 10,4 Tonnen pro Jahr als Durchschnitts-CO₂-Ausstoß pro Einwohner multipliziert mit dem Preis für CO₂-Emissionsrechte von 23 Euro pro Tonne geteilt durch 365 Tage macht 66 Cent. Aktualisiert auf heutige Werte ergeben sich 59 Cent.

Dabei wird dem ahnungslosen Leser nicht nur verschwiegen, daß der CO₂-Preis politisch beeinflusst ist. Denn je mehr Emissionsrechte ausgegeben werden, desto niedriger der Preis bei gegebener Nachfrage. Zur Hälfte unterschlagen werden auch die Fördermittel des Ökostroms gemäß dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Dem Stromkunden werden jährlich etwa 25 Milliarden Euro berechnet. Genannt wird nur die feste Einspeisevergütung (11,7 Milliarden Euro), nicht aber die Vergütungen nach dem Marktprämienmodell (13,9 Milliarden Euro) als Differenz zwischen dem Großhandelspreis für Strom und der anlagenspezifischen Förderhöhe bei Direktvermarktung des Ökostroms.

Schließlich haben diese Einsparungen keinerlei Auswirkungen auf den EU- und weltweiten CO₂-Ausstoß. Zum einen laufen EEG und EU-Emissionshandel (ETS) parallel – was das EEG einspart, wird an Emissionsrechten für andere Europäer frei und senkt den Preis der Emissionsrechte. Zudem werden im ETS-Handelssektor nur etwa 45 Prozent der europäischen CO₂-Emissionen erfaßt. Auch Öl, das hierzulande nicht verbraucht wird, senkt die weltweite Nachfrage und verbilligt den Ölpreis bei bestehendem Angebot für andere Nutzer. Last but not least: Die Sektoren Verkehr, Landwirtschaft und Wohnen werden durch teure CO₂-Vermeidungsaufgaben reguliert, die in keiner Kostenaufstellung berücksichtigt werden. Dies als Seminararbeit abgegeben hieße: Nicht ausreichend!

Einseitig, unausgewogen und teilweise fachlich angreifbar: Ob die Medien generell und die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten mit dieser Praxis einer demokratisch-konstruktiven Debatte dienen, sei dahingestellt. Denn die offensichtliche Zuordnung der „alten Bekannten“ zu weltanschaulichen Lagern könnte den Zuschauer in seiner gefestigten Ansicht lediglich bestätigen, ein Schubladendenken befördern und im Zweifel „alternativen Fakten“ Vorschub leisten. Mehr Vielfalt könnte inspirierend wirken. Beim „virologischen Terzett“ scheint das immerhin gegeben: Die drei Professoren bieten ein größeres Meinungsspektrum als etwa bei der Energiewende in den Leitmedien präsentiert wird.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Sein neues Buch „Europäische Union und Währungsunion in der Dauerkrise“ (Springer Verlag 2019) zeigt Analysen und Konzepte für einen Neuanfang auf.

Auf den korrekten Weg führen

Kritik am Rechtspopulismus: Wir sind auf dem Weg in die Pöbelherrschaft Thorsten Hinz

Die etablierten Parteien, Journalisten und akademischen Titelträger in politischer Mission singen dieselbe Leier: Der tückischste Feind der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist und bleibt der Populismus, genauer: der Rechtspopulismus. Der Rechtspopulist ist ein Demagoge, ein opportunistischer Vereinfacher, der Stimmungen entweder bedient, anfacht, sich ihnen hingibt oder alle drei Varianten in sich vereint. Er fühlt sich von der Komplexität der Welt überfordert und glaubt an ebenso simple wie radikale Lösungen, die letztlich demokratie- und verfassungsfeindlich sind. Als Vertreter und Sprachrohr des Pöbels erkennt er in den Eliten seinen natürlichen Feind.

Daraus ergibt sich für die etablierten Eliten hierzulande nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Populisten, das Lumpenproletariat, die Unzivilisierten, die Feinde der Demokratie, an der öffentlichen, politischen, medialen Artikulation zu hindern. Sie berufen sich auf das Ideal der repräsentativen Demokratie, in der die guten, zivilisierten, tugendhaften, selbstverantwortlich handelnden Teile des Volkes abgebildet werden.

Nicht alle von ihnen können alles überschauen, aber sie verfügen über eine gesunde Urteilskraft und sind befähigt, die Regeln, Beschränkungen und Notwendigkeiten der eigenen soliden Lebensführung auf das Ganze hochzurechnen und die Verantwortung an eine Elite zu delegieren, die befähigt ist, zum Besten aller zu regieren. Demokratie soll nicht total sein, weil andernfalls die Tyrannei der Mehrheit und damit die Pöbelherrschaft, die Ochlokratie droht. Wo der Pöbel entweder akklamiert oder Köpfe rollen läßt, zähmt die repräsentative Demokratie die Leidenschaften und veredelt die Interessengegensätze zum Kompromiß. Die institutionalisierte Gewaltenteilung und der Rechtsstaat sind zwei weitere, unverzichtbare Garanten des inneren Friedens.

Es gibt bösen und guten Populismus

Das alles klingt überzeugend in der grauen Theorie, doch leider sind jene, die in der politischen Auseinandersetzung so reden, meistens unfähig zur Selbstbeobachtung. Sie sind völlig überzeugt davon, selber im Namen der höheren Ordnung zu reden und zu handeln und zur Elite prädestiniert zu sein. Sie halten sich für kosmopolitisch, ausgestattet mit tieferen Einsichten und einer stabilen Moral und fühlen sich berufen, das lokal verwurzelte, in provinziellen Maßstäben denkende Volk, dessen Stimme ebenfalls gehört werden will, auf den korrekten Weg zu führen. Natürlich bestreiten sie nicht sein demokratisches Mitspracherecht, doch ohne ihre Anleitung drohe es in einen unterkomplexen, autoritären, völkischen Populismus abzugleiten. Sogar von der Notwendigkeit einer „Ent-Demokratisierung“ ist die Rede.

Was läßt sich dagegen einwenden? Zunächst einmal ist die Komplexitätsreduktion, die den Rechtspopulisten – und zwar fast ausschließlich ihnen – vorgeworfen wird, eine ganz natürliche Sache. Jeder Mensch selektiert die Informationen, die auf ihn eindringen, weil er unter ihrer Vielzahl sonst zusammenbrechen und jedes Gespräch darüber zu einem end- und ergebnislosen Palaver würde. Den Informationsverlust, der daraus folgt, nimmt man hin und kalkuliert ihn ein.

Alle Parteien und Medien kommunizieren ihre Botschaften verkürzt und populistisch. Ein paar Beispiele: „Die Rente ist sicher“, „Wir schaffen das“, „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“, „Der Islam gehört zu Deutschland“; „Die AfD ist der politische Arm des Rechtsterrorismus“. Einige Aussagen sind schlichtweg dummes Zeug, andere böse, wieder andere üble Nachrede oder, im aktuellen Vokabular, sogar „Haßrede“, aber sie werden überwölbt vom Schutzschirm der Meinungsfreiheit und sind weder ein Grund für staatsanwaltschaftliche Ermittlungen noch für geheimdienstliche Nachforschungen.

Als problematisch, rechtspopulistisch und tendenziell verfassungsfeindlich gilt hingegen die von Merkel-kritischen Demonstranten benutzte Losung: „Wir sind das Volk.“ Das sei, grollen Politik-Professoren, eine undemokratische Anmaßung, weil mit der direkten Anrufung des obersten Souveräns die Institutionen und Verbindlichkeiten einer repräsentativen wie rechtsstaatlichen Demokratie vom Tisch gewischt würden.

Zu dieser Behauptung hat Günter Scholdt in seiner kürzlich erschienenen Streitschrift „Populismus“ (Marburg an der Lahn 2020) angemerkt, es sei unzulässig, „einen werbepsychologisch effektvollen, historisch gewachsenen Slogan eins zu eins auf die Sachebene“ zu übertragen. Dieser aus der Endphase der DDR entlehnte Kampfruf sei „lediglich die rhetorische Quittung für eine zunehmend obrigkeitliche Bevormundung“. Man könnte auch sagen: Die Angriffe auf den angeblichen Rechtspopulismus sind selber populistisch. Es gibt aber einen bösen – rechten – und einen guten – linken, liberalen – Populismus, und letzterer kommt sogar in akademischer Verkleidung und staatlichen Drucksachen daher.

Diese Ungleichbehandlung beweist nur, daß es nicht um höhere Werte und die Rettung der Demokratie vor ihren Feinden geht, sondern um Macht. Der Populismus-Vorwurf ist im Machtkampf eine politische Waffe.

Konkret geht es darum, bei ideologisch besetzten Themen wie Migration, Islam, EU-Bürokratie, Euro, Gender, Klima, Antirassismus und Antidiskriminierung die Grenzen des Sag- und schließlich Denkbaren immer enger zu ziehen. Debattiert werden darf nicht das Ob, nur das Wie. Das erinnert tatsächlich an die Praxis der „sozialistischen Demokratie“ in der DDR. Wer damals in halböffentlichen Diskussion in vorsichtigsten Wendungen die offensichtliche Dysfunktionalität des Wirtschaftssystems berührte, wurde umgehend scharf zurechtgewiesen: So dürfe man die Frage nicht stellen. Vielmehr müsse jeder sich fragen, ob er an seinem Platz schon genügend tue, um die Vorzüge, welche die sozialistische Ordnung eröffne, auch zur Entfaltung zu bringen!

„Demokratie“ bedeutete also, sich den politisch-ideologischen Vorgaben der Staatspartei zu unterwerfen und seine Kraft und Fähigkeiten in einem irrationalen und dysfunktionalen System zu verschleißen.

Demokratische Instanzen werden entkernt

In der heutigen Demokratie-Praxis verbinden sich zwei problematische Entwicklungen miteinander. Zum einen die Auslagerung politischer Kompetenzen an inter- und supranationale, demokratisch nicht legitimierte Instanzen, wodurch die demokratischen Institutionen und Rituale zu einer entkernten Kulissenarchitektur verkommen. Colin Crouch, der originäre Analytiker dieser „Postdemokratie“, macht – als Linker verständlicherweise – dafür primär den Neoliberalismus verantwortlich, der den Staat veranlaßt habe, seine Funktionen in die Privatwirtschaft auszulagern. Unberücksichtigt läßt Crouch die anmaßenden Aktivitäten und den wachsenden Einfluß von Organisationen und NGOs, die sich vermeintlich dem Menschheitswohl widmen und die Nationalstaaten als hinderlich ansehen.

Das ist bequem für die hiesigen Eliten, die sich eine übernational-ideologische Legitimationsquelle erschließen und so vom eigenen Demos teilweise unabhängig machen. Proportional zur steigenden Ideologisierung sinkt ihre Sachkompetenz. Die Tatsache, daß die regressive Tendenz ihnen verhältnismäßig wenig schadet, ist die mehrheitliche Korrumpierung des Demos durch die sozialstaatliche Umverteilung. Indem der Einzelne durch Transferversprechen aus der Eigenverantwortung entlassen wird, sinkt sein gesellschaftliches Verantwortungsgefühl und die politische Urteilskraft.

Das bedeutet, daß die Verpöbelung, die Ochlokratie, welche die amtierenden Eliten mit ihrem Kampf gegen den Rechtspopulismus angeblich verhindern wollen, längst eine allgemeine Tatsache ist und sie zu ihren Repräsentanten und Nutznießern gehören. In diesem Prozeß greifen politische, geistig-moralische und sozialstaatliche Tendenzen des Niedergangs ineinander. Ein personifiziertes Musterbeispiel ist der sogenannte Asylbürge, der vorgeblich aus Altruismus und auf eigene Kosten den Nachzug von Flüchtlingen nach Deutschland veranlaßt, die Regierungspolitik zu seiner privaten Angelegenheit macht und dafür öffentliche Anerkennung erntet. Sobald ihm aber die tatsächlichen Kosten seines Tuns präsentiert werden, stellt sich heraus, daß er von Anfang an auf ihre Sozialisierung durch die Staatskasse gesetzt hat. Er ist unfähig, die Konsequenzen seines Tuns zu antizipieren, zu tragen, sich politisch verantwortlich oder auch nur wie ein Erwachsener zu verhalten.

Diese verbreitete infantile Mentalität spült Personen in die höchsten Ränge von Politik, Gesellschaft und Öffentlichkeit, die treffender mit „Ochlokratie“ als mit „Elite“ bezeichnet sind. Was dagegen als Rechtspopulismus diffamiert wird, ist nicht immer, aber sehr oft, der Aufstand der im Land noch vorhandenen Restvernunft.